

Der Drops ist noch nicht gelutscht

Das italienische Referendum mit seiner überwältigenden Absage an die Kernenergie hat noch einmal überdeutlich vor Augen geführt, was die Bundeskanzlerin seit Fukushima zu Recht umtreibt - die blanke Sorge um das politische Überleben. Wer sich heute in Mitteleuropa offen für die Kernenergie stark macht, ist in Gefahr, ins politische Abseits zu geraten. Wer allerdings meint, mit der Entscheidung für den Atomausstieg bis 2022 sei der Drops im positiven Sinne gelutscht, hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Tatsächlich wurde schon rund um die Entscheidung des Bundestages deutlich, das noch eine lange Auseinandersetzung - nicht nur - um die Energiepolitik bevorsteht.

Die Organisation des Atomausstiegs selbst birgt bereits Konfliktpotential buchstäblich ohne Ende. Die Endlagerung ist ungeklärt, Gorleben oder doch Schacht Konrad oder die bisher unerforschten Gesteinsformationen aus Granit und Ton im Süden der Republik. Eigentlich ist die Frage von vornherein unzulässig. Niemand kann vorhersehen, was in mehreren hundert oder tausend Jahren ist, außer dass dann der Atommüll immer noch strahlt - unter welchen gesellschaftlichen Verhältnissen auch immer. Wie auch immer. Der Müll ist in der Welt und seine Entsorgung wird uns auf Jahre beschäftigen.

Bereits aufgebrochen ist der Konflikt um die Kosten des Ausstiegs. Die Energie-Konzerne sehen den bereits sicher geglaubten Extraprofit dahinschwinden. Allein RWE erwartet 2013 - nach eigenen Worten - 50 Prozent weniger Profit als die 3,75 Mrd. nach Steuern von 2010. Das ist richtig viel Geld, wenn es denn stimmt. Von dieser Seite ist eine harte Schlacht um den Strompreis, um Steuern und Subventionen zu erwarten. Die Brennelementesteuer ist da nur ein Teil des Schlachtfeldes. Die Bedingungen dafür, dass die Konzerne über deftige Stromerhöhungen ihre Extra-Profite am Ende doch sichern, stehen nicht schlecht. Keine der im Bundestag vertretenen Parteien - auch nicht "Die Linke" - stellt ins Zentrum ihrer Argumentation, dass Strom ohne Atomenergie billiger ist, wenn nämlich die Doppelzahlung über Steuern und Subventionen aufhört. Das schon jetzt auch ohne Atomenergie in Deutschland genug Stromkapazitäten vorhanden sind, hört man im Bundestag kaum.

Denn auf "ihr" neoliberales politisches Personal können sich die Konzerne offensichtlich verlassen. Auch Grüne und SPD stimmen - allem Anschein nach - dem Atomausstieg zu und wichtige Teile der Regierungsparteien beginnen schon wieder, gegen den Atomausstieg zu trommeln. Springers "Welt am Sonntag" sprach vom Atomausstieg, den doch angeblich alle wollen, als einer Niederlage der Demokratie. Merke: Demokratie ist, wenn sich der Profit gegen die Mehrheit durchsetzt. Im Verständnis solcher Kräfte - und es werden nicht weniger - steht das "Funktionieren der Wirtschaft" über allem. Dafür wird im Zweifel weit mehr in Kauf genommen als "Wegwerfarbeiter"

und Atomnomaden, als Lohnabbau und Zweidrittelgesellschaft, als Teuerung und Krieg. Wenn die Demokratie nur noch als Rahmen für Profitmacherei gesehen wird, ist sie entbehrlich. Rund um den Atomausstieg droht sich eine neue Rechte - aus Konservativen und Liberalen - zu formieren. Die neoliberalen Vorstellungen mancher Sozialdemokraten und Grüner flößen allerdings auch kein Vertrauen ein. Dass Stuttgart21 jetzt mit dem Segen der Grün-Roten weitergebaut wird, lässt deutliche Rückschlüsse auf die Glaubwürdigkeit nicht nur Herrn Kretschmanns zu. Vor der Wahl klangen die Einlassungen ganz anders.

Es bleibt dabei, der gesellschaftliche Fortschritt kann nur durch Widerstand erstritten werden. Die Anti-Atomkraftbewegung ist gut beraten, sich nicht allzuweit von der Straße wegzubewegen. Wir werden noch oft genug auf sie gehen müssen. Nach Fukushima hatte sich zusammengefunden, was schon lange zusammengehört, Umweltaktivisten, Gewerkschafter, Friedenskämpfer, Verteidiger der Demokratie und endlich auch wieder viele ehrliche Anhänger der SPD und der Grünen.

Nur wenn diese zusammenbleiben und ihre gemeinsamen Interessen wahrnehmen, gibt es eine Chance mit einer veränderten Energiepolitik auch den Weg zu einer erneuerten Gesellschaft zu öffnen - ohne das Diktat des Profits.

Adi Reiher

[◀ zurück](#)

[Artikel versenden](#)